

## Schwwestern, hört die Signale!

Der Internationale Frauentag ist auf der ganzen Welt ein wichtiger Kampftag. DIE LINKE stellt am Frauentag 2017 den Protest gegen die unhaltbaren Zustände in den Kliniken in den Mittelpunkt. Denn die Pflege ist weiblich. 85 Prozent der Beschäftigten in der Krankenhauspflege sind Frauen. Mehr als zwei Drittel arbeiten in Teilzeit, weil sie angesichts der hohen Arbeitsbelastung einfach nicht mehr schaffen. Viel zu wenige Pflegekräfte müssen viel zu viele Patientinnen und Patienten versorgen. Das müssen wir schnellstens ändern. Unter den katastrophalen Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten in der Pflege. Sie schaden auch den Kranken und Angehörigen, die unhaltbare Zustände in den Kliniken auffangen müssen – und diese Angehörigen sind auch meistens Frauen.

Im Rahmen ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ fordert DIE LINKE 100.000 zusätzliche Pflegekräfte für die Kliniken und unterstützt die laufenden Arbeitskämpfe für Entlastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern. Im europäischen Vergleich ist die Arbeitsbelastung

gerade in Deutschland hoch. „Eine Krankenschwester in Deutschland versorgt im



Schnitt 10,3 Patienten oder Patientinnen, in Norwegen sind es dagegen nur 3,8 pro Krankenschwester“, sagt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Aus freien Stücken sind die Kliniken of-

fensichtlich nicht dazu bereit, genug Personal einzustellen. Deshalb fordert DIE LINKE eine gesetzlich festgelegte Personalbemessung. In Deutschland ist genug Geld für die Aufstockung der Beschäftigten vorhanden. Aber bislang fehlt der politische Wille, sie vorzunehmen. Zahlen dafür müssen die in der Pflege tätigen, nicht selten mit ihrer Gesundheit. Ausgerechnet die Beschäftigten im Gesundheitswesen gehören zu den Berufsgruppen mit den höchsten Krankständen. Umfragen zufolge gehen dreiviertel aller Pflegekräfte davon aus, dass sie bei ihrer jetzigen Arbeitsbelastung nicht bis zur Rente durchhalten werden. Wer in der Kranken- oder Altenpflege arbeitet, stirbt im Schnitt zehn Jahre früher als andere Beschäftigte.

Es ist höchste Zeit, die Lage der Beschäftigten in der Pflege zu verbessern. „Es geht um gute Arbeit statt Dauerstress, um die Anerkennung dieser wichtigen Arbeit mit den Menschen, die immer noch vor allem von Frauen geleistet wird, und letztlich um gute Gesundheitsversorgung für uns alle“, betont Riexinger.



Unsere Landtagsfraktion kämpft für soziale Gerechtigkeit und Humanität  
Mehr dazu auf den Seiten 4 und 5



In Rostock fand eine interessante Veranstaltung über den NSU statt  
Mehr dazu auf Seite 9



Kurt Kaiser erzählt aus der Geschichte der Stadt Bützow  
Mehr dazu auf den Seiten 12-13

## In dieser Ausgabe

Seite 2: Nachrichten  
Seite 3: Bundestagswahl  
Seite 4: Fritz Tack  
Seite 4/5: Aus dem Landtag  
Seite 5: Rente  
Seite 6: Ein Zeitzeuge berichtet  
Seite 6: Kreisvorstand Rostock

Seite 7: Volksinitiative  
Seite 8: Kay Nadolny  
Seite 10/11: Strategiedebatte  
Seite 12/13: Kurt Kaiser  
Seite 14: Martin Schulz  
Seite 15: Veranstaltungen  
Seite 16: Thomas Wiencke

# Editorial

„Herr Schulz, ich weiß, dass ein Produzent in Italien gerade einen Film über die Konzentrationslager der Nazis dreht. Ich werde Sie für die Rolle des Kapo vorschlagen. Sie wären perfekt.“ Sagte Silvio Berlusconi 2003 im Europa-Parlament über Martin Schulz. Auf dieses Niveau wollen wir uns nicht herablassen, wenn wir der Frage nachgehen, wofür der Messias der SPD politisch steht. Fordern wir nicht seit Jahren, dass die SPD ihre Agenda-Politik korrigiert? Wie ernst können wir den Schwenk der SPD nehmen? Wie müssen wir als LINKE im Wahlkampf darauf reagieren? Ein paar Antworten liefern vielleicht die Artikel in dieser Ausgabe des KLARTEXT.

Wie gut kennen wir unsere eigenen Politiker\*innen? Vermisst Ihr eine ausführliche Berichterstattung über die Arbeit unserer Fraktionen in Bürgerschaft und Kreistag? Es ist schwierig, denn gerade in Rostock erleben wir, wie schnelllebig der politische Alltag geworden ist. Was heute gilt, wird morgen vielleicht schon über den Haufen geworfen – durch Widersprüche



des OB, Einsprüche des Innenministeriums, neue Änderungsanträge von Fraktionen, zurückgezogene Anträge ... Was im März im KLARTEXT steht, weil es im Februar so stattfand, kann beim Lesen des Artikels schon längst eine Fußnote der Lokalgeschichte sein. Das ist der Hintergrund unserer neuen Serie „Gesichter aus der Bürgerschaft“. Wir möchten Euch einige unserer Abgeordneten vorstellen und ihnen Aussagen zu ihrem politischen Selbstverständnis entlocken. Den Anfang macht auf Seite 8 Kay Nadolny.

Lest auf S. 16 auch das Erlebnis des Rostocker Genossen Thomas Wiencke. Passt dazu nicht folgendes Gedicht von Eugen Roth?

## Mitmenschen

Ein Mensch schaut in der Straßenbahn  
Der Reihe nach die Leute an:  
Jäh ist er zum Verzicht bereit  
Auf jede Art Unsterblichkeit.

**Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.**

## KLARTEXT online

Es braucht einen Politikwechsel in unserem Land

*Kolumne von Dr. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Deutschen Bundestag und Spitzenkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl 2017*

Der Kandidat der LINKEN für die Wahl zum Bundespräsidenten, Prof. Christoph Butterwegge, hat ein tolles Wahlergebnis erzielt. Er erhielt 128 Stimmen - 94 von den Wahlfrauen und -männern der LINKEN und 34 von anderen Parteien. Das zeigt die Bedeutung des Themas soziale Gerechtigkeit, für das Christoph Butterwegge seit vielen Jahren arbeitet und bekannt ist.

Der künftige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sollte als zentrales Thema den Zusammenhalt in Deutschland, Europa und in der Welt setzen. Das heißt, er sollte mit seinen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass in Deutschland Armut nicht nur bedauert wird. Gegen Armut muss wirklich engagiert vorgegangen werden. Das geht nur, wenn man nicht länger den obszönen Reichtum einiger schont. Steu-

ergerechtigkeit muss hergestellt werden. Die Superreichen und Konzerne wollen wir angemessen an der Ausgestaltung der Solidargemeinschaft beteiligen. DIE LINKE fordert unter anderem die Wiedererhebung der Vermögensteuer auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro.

Auch der neue SPD-Vorsitzende Martin Schulz wird sich bei seinen Ankündigungen, für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten zu wollen, an seinen und an den konkreten Taten der SPD messen lassen müssen. Schon heute könnte eine Mehrheit jenseits der UNION im Deutschen Bundestag Schritte auf diesem Weg durchsetzen. DIE LINKE steht dafür bereit. Wenn es ernst gemeint ist, was der SPD Kanzlerkandidat in den ersten Tagen nach seiner Inthronisation verlautbart hat, dann gibt es nur eine Konsequenz: Die SPD muss klar sagen: das ist mit der CDU/CSU nicht zu machen und Martin Schulz muss erklären, wie Steinbrück immerhin tat, dass er für eine Mitwirkung in einem Kabinett Merkel nicht zur Verfügung steht.

Quelle: Newsletter DIE LINKE. MV

## Wahlkampfhelfer\*innen gesucht

Am 7. Mai 2017 findet die Landtagswahl in Schleswig-Holstein statt und am 14. Mai 2017 dann die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. In aktuellen Umfragen steht DIE LINKE in beiden Bundesländern bei 5-6 Prozent. Ein Einzug ist damit möglich, aber noch keinesfalls sicher. Damit diese Wahlen für uns ein Erfolg werden, möchten wir Euch bitten, unsere Wahlkämpfe in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen nach Möglichkeit aktiv zu unterstützen. Konkret besteht für auswärtige Unterstützer\*innen insbesondere zu folgenden Terminen Unterstützungsbedarf:

**Schleswig-Holstein:** 8./9. April und 29./30. April für Steckaktionen und weitere Aktivitäten.

**Nordrhein-Westfalen:** 1./2. April für die Plakatierung sowie 22./23. April und 6./7. Mai für Steckaktionen. Wenn ihr euch in Schleswig-Holstein engagieren wollt, so meldet euch bitte bei tim.herudek@die-linke.de. Wenn ihr euch in Nordrhein-Westfalen engagieren wollt, so meldet euch bitte bei manuela.richter@die-linke.de.

## Landesvorstand beruft Landesgeschäftsführer

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern hat in seiner turnusmäßigen Sitzung heute Kevin Kulke zum neuen Landesgeschäftsführer berufen. Kulke ist 29 Jahre alt und kommt aus Baden-Württemberg direkt nach Mecklenburg-Vorpommern. Er ist Bachelor of Arts (B.A.) in Politik- und Verwaltungswissenschaften und konnte bereits in den verschiedensten politischen Gremien seine Qualifikationen unter Beweis stellen.

Der Landesvorstand erhofft sich mit dieser personellen Neubesetzung der Landesgeschäftsführung viele neue Impulse für eine neue LINKE in Mecklenburg-Vorpommern. Kevin Kulke beginnt seine Tätigkeit in einer politisch schwierigen gesellschaftlichen Situation mit der herausragenden Aufgabe, in leitender Position Mitverantwortung im Bundestagswahlkampf zu übernehmen. Die Landesvorsitzende, Heidrun Bluhm: „Ich bin mir sicher, dass es zwischen dem Landesvorstand und mit dem neuen Geschäftsführer gelingen wird, die anstehenden Aufgaben erfolgreich zu meistern.“

Danke,  
Christoph  
Butterwegge.

Wir kämpfen weiter  
für Zusammenhalt und  
soziale Gerechtigkeit.



DIE LINKE.



# Sozial. Gerecht. Für alle!

## Hinweise der Rostocker Basis zum Bundestagswahlkampf

Auf Sitzungen und Veranstaltungen kamen die Rostocker Genoss\*innen der Aufforderung des Parteivorstandes nach, Vorschläge zur inhaltlichen Ausrichtung des Bundestagswahlkampfes zu unterbreiten. Die Ergebnisse hat der Kreisvorstand nach Berlin weitergeleitet. Hier eine kleine Zusammenfassung.

Friedenspolitik und soziale Gerechtigkeit sind die beiden Schwerpunkte, die in allen Diskussionen im Mittelpunkt standen und den Kern des Wahlprogramms/der Wahlkampagne bilden sollten. In den Diskussionen spielten auch lokale oder regionale Probleme eine Rolle, an deren Beispiel man im Wahlkampf die Auswirkungen der Bundespolitik bzw. der kapitalistischen Verhältnisse auf den Alltag der Menschen herausarbeiten könnte.

### Erhaltung des Friedens

- unverzichtbares Alleinstellungsmerkmal der LINKEN
- gute Beziehungen zu Russland; keine NATO-Truppen an der russischen Grenze
- Schluss mit Waffenexporten; Wege aus Rüstungsproduktion aufzeigen, z.B. Konversion der Rüstungsbetriebe
- US-Atomwaffen aus DT abziehen; Abzug aller US-Soldaten aus DT
- Austritt aus NATO (wird von Teilen der Basis aber als unrealistisch gesehen)
- die Ursachen von Kriegen herausstellen

### Soziale Gerechtigkeit

- Sorgen aufgreifen, die jeden Wähler persönlich betreffen
- außerparlamentarischen Protest aufgreifen, Linksfraktion als Partner für soziale

## FILMVORFÜHRUNG UNSERES JUGENDVERBANDES

Am 27. Januar jährte sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee zum 72. Mal. Nicht ohne Grund wird seit 2005 an diesem Tag der Internationale Holocaustgedenktag begangen. Diesen nahm sich die Orts- und Hochschulgruppe unseres Jugendverbandes zum Anlass, um in Kooperation mit dem AstA (Allgemeiner Studierendenausschuss) und Prof. Dr. Mario Niemann von der Universität Rostock einen Filmabend

- und Bürgerinitiativen
- oft angesprochen: bessere und nicht profitorientierte Gesundheitsversorgung, Polikliniken
- Kinderarmut und Altersarmut thematisieren
- sozialer Wohnungsbau (Vorschlag: 25% des Neubaus müssen sozial sein)
- Höhe des Mindestlohns durchaus umstritten: zu hoher Mindestlohn kann Arbeitsplätze (in M-V) kosten und Dienstleistungen so verteuern, dass sich ärmere Menschen diese nicht mehr leisten können
- Bezahlung sozialer Maßnahmen durch Umverteilung im Steuersystem, aber auch durch Kürzung des Wehretats
- Spitzengehälter der Manager offensiv kritisieren (emotionales Thema!)



### Armut beseitigen, soziale Sicherheit garantieren

- Die Würde des Menschen ist unantastbar: Hartz IV abschaffen, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro einführen, ALG I verlängern, Hürden abbauen.
- Kinderarmut beseitigen: Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen, Kindergrundsicherung von 564 Euro einführen.
- Das Öffentliche stärken: Sozialtickets, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule.



### Thema Flüchtlingspolitik

- Schutzsuchende müssen aufgenommen werden! Aktuelle Zahlen herausstellen (wenige Flüchtlinge in M-V)
- Fluchtursachen herausstellen und hierbei Verbindung zu unseren friedenspolitischen Positionen herstellen
- Hinweise einer BO: Sorgen der Bürger vor Einreise von Terroristen ernst nehmen; auch über Rückkehr von Flüchtlingen sprechen, da diese beim Wiederaufbau gebraucht werden

### Rot-Rot-Grün

- sehr unterschiedliche Auffassungen, von

zu organisieren. In Rücksprache mit Prof. Niemann einigten wir uns auf den Film „Sterne“ aus dem Jahr 1958. Diese DEFA-Produktion unter Regie von Konrad Wolf ist der erste deutsche Versuch, sich dem Holocaust zu nähern und das darzustellen, was eigentlich gar nicht darstellbar ist. Nach einer kurzen thematischen Einführung zur Entstehung und einer kontextuellen Einordnung, nahmen wir uns mit rund 70 anderen Interessierten dieses Filmes an. Sicherlich war es keine leichte Kost, aber das sollte er auch nicht sein. Vielmehr bestach er durch eine beeindruckende Be-

totaler Ablehnung bis Zustimmung unter bestimmten Voraussetzungen (wirklicher Politikwechsel)

- Rot-Rot-Grün schon rechnerisch sehr unwahrscheinlich, wenig politische Schnittmengen (Friedenspolitik, soziale Fragen wie Abschaffung Hartz-IV)
- einen eigenständigen Wahlkampf führen, eigene Themen in den Vordergrund stellen statt über Koalitionen zu spekulieren (Aussage über RRG gehört nicht ins Wahlprogramm)

### Einzelmeinungen

- „Bündelung aller linken Kräfte“ trotz politischer Differenzen
- Erfolge der linken Regierung in Thüringen herausstellen, nicht immer nur negative Aspekte (Kritik an Ramelow) beklagen
- öffentlichen Streit und Personaldiskussionen vermeiden
- Wie verhält sich DIE LINKE eigentlich zum Bedingungslosen Grundeinkommen (aktueller Stand)?
- keine Wechselstimmung in der Bevölkerung, Resignation bei sozial Abgehängten (Wie erreichen wir diese Menschen?)

Das Wahlprogramm sollte so kurz und eindeutig wie möglich sein. Wir sollten nicht alle Probleme aufzählen, sondern Schwerpunkte

setzen und konkrete Lösungen anbieten (sagen, was innerhalb von vier Jahren machbar ist). Wir sollten nicht „programmatische Visionen“ der LINKEN in den Vordergrund stellen, sondern praktische Lösungen. Das Werbematerial sollte kleinformatig sein, kurz und bündig, knackig formuliert.

Im April stellt der Parteivorstand den Entwurf des Wahlprogramms vor. Die Basis kann Änderungsanträge für den Bundestag formulieren. Im Kreisverband Rostock wollen wir im April darüber mit der Basis diskutieren.

setzung wie etwa Jürgen Frohriep und Erik S. Klein, die den Figuren den notwendigen Tiefgang für dieses Thema verliehen.

An dieser Stelle möchten wir uns als Orts- und Hochschulgruppe noch einmal bei allen Beteiligten für ihre Kooperation bedanken. Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft Gedenktage in einem derartigen Rahmen begehen und so auch weitere Menschen für dieses wichtige Thema sensibilisieren können – zeigen doch die aktuellen politischen Ereignisse in Deutschland und der Welt, wie wichtig dies ist.

Phillip Bock

# Steht das Schwein auf einem Bein ... Umweltministerin Hendricks (SPD) und die „Bauernregeln“

Erklärung von Prof. Dr. Fritz Tack

Anlässlich der Medienaktion des Bundesumweltministeriums „Neue Bauernregeln“ erkläre ich meine volle Übereinstimmung mit der Reaktion und dem Protest des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V., die in einem Rundfunkbeitrag durch die Vizepräsidentin, Frau Dr. Heike Müller, eindeutig zum Ausdruck gebracht hat.

In einer Zeit, in der die landwirtschaftlichen Unternehmen sich in einer langanhaltenden, schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden und sich Tierhalter durch die Geflügelpest geschädigt oder bedroht sind, ist eine derartige Medienkampagne nicht nur kontraproduktiv, sondern sie diskreditiert einen gesamten Berufsstand, der für unser Land eine so große Bedeutung hat. Im Ergebnis meiner langjährigen beruflichen Tätigkeit als Wissenschaftler und linker Agrarpolitiker weiß ich die Leistun-

gen der Landwirtinnen und Landwirte zu schätzen.

Die übergroße Mehrheit verbindet die Bodennutzung mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen.

Für öffentliche, wissenschaftlich fundierte Diskussionen sind m.E. Begriffe wie „Mas-



sentierhaltung“ und „Bodenauslaugung“ völlig ungeeignet.

Mit meiner geschätzten Kollegin Prof. Dr. Erika Czering stimme ich überein wenn sie erklärt: „Unstrittig ist, dass eine kritische Bewertung und Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik erfolgen muss. Diese

sollte aber darauf gerichtet sein, in allen Betrieben die natürlichen, ökonomischen und personellen Ressourcen zu reproduzieren und optimal zu nutzen. Nur so können Umwelt und Tiere dauerhaft geschützt werden.

Deshalb erscheint es wichtig, Maßnahmen zum Erhalt und der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, Präzisionslandwirtschaft, Züchtung zu fördern, aber auch langfristig verlässliche Einkommen für die Landwirte der verschiedenen Berufsstrukturen zu sichern.“ (ND 07.02.2017)

Ich fordere eine sofortige Einstellung der steuerfinanzierten Aktion des Umweltministeriums und die Abstimmung zwischen Agrar- und Umweltpolitik zum Wohle der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume und der landwirtschaftlichen Unternehmen sowie aller Menschen im ländlichen Raum.

Dummerstorf, 07.02.2017

## Aus dem Landtag

### Für ein sozial gerechtes Leben – für eine Gesellschaft für alle

Die Linksfraktion hat am 20. Februar 2017, dem Welttag der sozialen Gerechtigkeit, ihre Broschüre „Für ein sozial gerechtes Leben“ vorgestellt. Dazu erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

Der Internationale Tag der sozialen Gerechtigkeit macht darauf aufmerksam, dass weltweit, in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern große Ungerechtigkeiten herrschen. Soziale Benachteiligungen bei der Bildung, eine hohe Kinderarmut und der Ausschluss von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern sind immer noch Realität. Auch in M-V wächst die Unzufriedenheit, nimmt der Unmut bei den Menschen zu. Sie wollen sich mit den ungerechten Verhältnissen nicht abfinden. Erschwerend hinzu kommt, dass alle Versuche, sich einzubringen, die Dinge zum Besseren zu wenden, ungehört verhallen. Alle Initiativen von Männern und Frauen in M-V werden von SPD und CDU mit der Arroganz der Macht abgebugelt. Die Politik der Großen Koalition ist Ausdruck ihres Sparwahns, bei der nicht die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen, sondern stets die Frage, wo noch gekürzt wer-

den kann.

In M-V spiegelt sich in vielen Bereichen soziale Ungerechtigkeit. So fehlt in nahezu allen Branchen der Nachwuchs, Fachkräftemangel wird heute von der Wirtschaft als der größte Hemmschuh genannt. Wir fordern, dass die Ausbildung für alle Berufe kostenfrei sein muss. Es ist ungerecht, wenn staatliche Ausbildung für dringend benötigtes Personal etwa in der Altenpflege so gut wie nicht mehr stattfindet. Die jungen Leute, die sich für den Beruf entscheiden, müssen an eine Schule in freier Trägerschaft und dafür Schulgeld bezahlen. Bereits heute fehlen tausende Mitarbeiter in der Pflege, hier muss die Landesregierung ihrer Verantwortung nachkommen, selbst mehr ausbilden und das Schulgeld übernehmen. Im Ringen um Fachkräfte muss M-V endlich auch raus aus dem Lohnkeller. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Förderung mit Landesgeld müssen an armutsfeste Löhne gekoppelt werden.

Fehlender bezahlbarer Wohnraum ist längst nicht mehr ausschließlich ein Problem der Metropolen. Auch in M-V, be-

sonders in den Unistädten Rostock und Greifswald, aber auch den touristischen Zentren, sind Wohnungen knapp, die sich die Menschen leisten können. Die Landesregierung muss das Geld, das der Bund für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellt, auch vollständig dafür einsetzen, statt mit Millionen aus diesem Topf das Sparschwein zu füttern.

Wer Zuschüsse bekommt, muss preiswert vermieten, gefördert werden muss der Bau von Sozial- und Mietwohnungen für den normalen Geldbeutel.

Um die ärztliche Versorgung zukunftssicher zu machen, muss die Ausdünnung der Hausarztpraxen auf dem Land gestoppt werden. Derzeit fehlen bereits 130 Hausärzte, 300 Mediziner gehen in 5 Jahren in Rente – davon wieder die Hälfte Allgemeinmediziner. Deshalb muss die Studienplatzvergabe vorran-

gig an Bewerber vergeben werden, die als Hausärzte in M-V tätig sein wollen. Am besten wird dies mit jungen Menschen aus unserem Bundesland gelingen – wer von hier kommt, bleibt wahrscheinlich auch nach dem Studium hier.

Investitionen in die Köpfe sind das A und



O für die Zukunft unseres Landes. Bildung darf nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Schülerinnen und Schüler müssen tatsächlich die Chance haben, kostenfrei am Unterricht öffentlicher Schulen teilzunehmen. Deshalb müssen die jährlichen Schulkostenbeiträge für die Eltern gestrichen werden. Kinder und Jugendliche brauchen kostenfreie Ganztagsschulangebote, mit einem für die Eltern kostenfreien Schülerticket kommen sie zur Schule und können dies auch für die Freizeit nutzen. Unabhängig vom Einkommen der Eltern erhalten alle 6- bis 16-Jährigen monatlich eine Kinderkarte im Wert von 50 Euro – für Sport, Musik, Kunst oder Nachhilfe.

Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, wenn es darum geht, um eine gerechte Gesellschaft für alle zu streiten, werden wir unweigerlich mit der Frage konfrontiert, woher das Geld kommen soll, dies alles zu bezahlen. Wir sagen: Nicht die Finanzen, sondern die Frage muss in den Mittelpunkt rücken, was Frauen, Männer, Kinder und Familien brauchen, um würdevoll und chancengleich leben zu können.

Geld ist genug da, aber um die Verteilung von Wohlstand, Vermögen und Einkommen ist es schlecht bestellt. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, soziale Verwerfungen nehmen zu. Es ist ungerecht, wenn niedrige und mittlere Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner zur Kasse gebeten werden, aber der Millionär nahezu unbehelligt auf seinem Geldsack sitzt. Es ist ungerecht, wenn Frauen, deren Männer gestorben sind, nur dann Witwenrente erhalten, wenn sie bedürftig sind –

aber die, die große Erbschaften machen, lediglich Peanuts an Steuern zahlen müssen.

Wir fordern, dass niedrige und mittlere Einkommen steuerlich entlastet werden müssen. Im Gegenzug wird eine Vermögenssteuer eingeführt und große Erbschaften werden stärker besteuert. Staatliche Regulierung etwa bei Lohnober- und Lohnuntergrenzen sowie bei Steuern ist unabdingbar, wenn die Verhältnisse zu großer Ungerechtigkeit führen, der soziale Unmut wächst und der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt.

Wir setzen uns weiter für eine gerechte Gesellschaft für alle ein.

## Menschlichkeit gebietet, Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen

Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, dem Beispiel Schleswig-Holsteins und anderer Länder zu folgen und Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen.

„Solange Menschen in Afghanistan um Leib und Leben fürchten müssen, ist es ein Gebot der Humanität, die Abschiebungen zu stoppen“, erklärte die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karen Larisch.

„Wenn das UN-Flüchtlingshilfswerk einschätzt, dass es unmöglich ist, sichere Gebiete in dem Land zu benennen, das Auswärtige Amt vor Reisen nach Afghanistan warnt und Hilfsorganisationen sich wegen Gewalt und Terror zurückziehen, dann können und dürfen Menschen nicht dorthin abgeschoben werden“, betonte Larisch.

Täglich fordern landes- und bundesweit Initiativen, Vereine und Verbände in Mahnwachen, auf Demonstrationen und Informationsveranstaltungen, die Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen. „Auch Politikerinnen und Politiker von SPD und CDU sind im Netzwerk ‚Afghanistan – nicht sicher‘ aktiv und appellieren an die Menschlichkeit“, so Larisch. „Das gibt mir Hoffnung, dass die Koalitionsfraktionen auf der kommenden Landtagssitzung dem Antrag ‚Abschiebungen nach Afghanistan unverzüglich aussetzen‘, dessen Dringlichkeit im Januar abgelehnt wurde, zustimmen werden. Gerade einer Partei, die das Wort ‚Christlich‘ im Namen trägt, stünde dies gut zu Gesicht.“

# Keine Abschiebung in den Tod!

**Afghanistan 2016:**  
11 000 durch Anschläge  
getötete oder verletzte  
Zivilisten.

**DIE LINKE.**

## Rentenangleichung darf nicht zu neuer Ungerechtigkeit führen

Zu dem vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetz zur Rentenangleichung in Ost und West erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Simone Oldenburg: Nach jahrzehntelangem Hinhalten, die Rentenberechnung Ost an West anzugleichen, soll es 35 Jahre nach der Wende so weit sein. Immer wieder, besonders vor Wahlen wurde versprochen, die Missachtung der Lebensleistung ostdeutscher Menschen zu beenden. Genauso oft wurde dieses Versprechen gebrochen. Die Frauen und Männer, die 1990 in Rente gegangen sind, bekommen mit ihrem 100. Geburtstag die Rentenangleichung. Das ist ungehörig und schäbig.

Die Linksfraktionen in Bund und Ländern fordern seit Jahren, dass es endlich zur Angleichung der Rentenberechnung kommen muss. Jetzt soll dieser überfällige Schritt endlich erfolgen, und schon droht die nächste Ungerechtigkeit. Denn mit der Angleichung der Rentenberechnung

soll die Höherwertung der Ost-Löhne gestrichen werden. Das ist inakzeptabel, denn immer noch verdienen Beschäftigte im Osten für gleiche Arbeit spürbar weniger als im Westen. Wenn ein Arbeiter im Osten, dessen Lohn im Schnitt 24 Prozent unter dem im Westen liegt, nach der Rentenangleichung über 100 Euro weniger im Geldbeutel hat, dann wird Ungerechtigkeit zementiert. Erst wenn die skandalöse ungleiche Entlohnung beseitigt ist, kann die Höherbewertung wegfallen. Sonst wird die bereits grassierende Altersarmut dramatisch zunehmen und der soziale Frieden weiter gefährdet. Unabhängig davon, dass mit der Rentenangleichung neues Unheil abgewen-

det werden muss, müssen die Rentenkürzungen der vergangenen Jahrzehnte zurückgenommen werden. Die Rente muss endlich wieder ausreichen, ein würdiges Leben im Alter zu sichern.“

**Endlich 100!  
Glückwunsch zur bundesdeutschen Rente.\***



\*Die Frauen und Männer, die 1990 in Rente gegangen sind, bekommen mit ihrem 100. Geburtstag die Rentenangleichung. Das ist ungehörig und schäbig.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern



# Ein Zeitzeuge berichtet

3. Mai 1945: Ein neunjähriger Junge, der sich unternehmungslustig entgegen dem Willen von Mutter und Großmutter in der Umgebung des Wohnortes im heutigen Kreis Nordwestmecklenburg nahe der Ostseeküste umsieht, wird Augen- und Ohrenzeuge eines der schlimmsten Verbrechen der letzten Kriegstage.

In der Lübecker Bucht liegen die grau angestrichenen Schiffe „Cap Arcona“ und „Thielbek“, als plötzlich britische Flugzeuge am Himmel erscheinen und die genannten Schiffe angreifen und bombardieren. Auch von den Schiffen wird zurück geschossen bis heftige Explosionen die Schiffe zerreißen und kentern lassen. Auf ihnen hatten die Nazis ca. 7000 KZ-Häftlinge zusammengepfercht.

Dieser Junge ist unser Genosse Jochen Ewald, heute 81 Jahre alt, der nach diesen Anblicken und Eindrücken verstört nach Hause läuft. In den folgenden Tagen und Wochen muss er miterleben, dass Hunderte Leichen am Ostseestrand auch in der Nähe seines Wohnortes liegen und geborgen werden.

Am 15. Februar 2017 schildert Jochen Ewald diese seine Erlebnisse von vor fast 72 Jahren in einer Gesamtmitgliederversammlung der BO Reutershagen, der er vor Jahren bis zu seinem Umzug selbst angehörte. In eindrucksvollen Worten und sehr emotional berichtet er, wie diese Erlebnisse der letzten Kriegstage ihn geprägt haben, sich in seinem weiteren Leben gegen Krieg und Menschenvernichtung und

für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen einzusetzen.

Jochen ist als Rentner mit seinen Erlebnissen und Erfahrungen an Schulen in seinem Heimatkreis aufgetreten und wirkt an Projekten zur Aufklärung dieses ungesühnten Verbrechens am 3. Mai 1945 mit.

Die Mitglieder der BO Reutershagen dankten ihm mit herzlichem Beifall für seine Ausführungen und sein Engagement und hörten abschließend das „Lied der Moorsoldaten“.

Jochen Ewald ist bereit, auch in anderen BO und Schulen/Einrichtungen aufzutreten.

*Peter Jänicke*

## Aus dem Rostocker Kreisvorstand

### Informationen zur Sitzung des Kreisvorstandes vom 23.2.2017

Derzeit wird viel über einen möglichen Bürgerentscheid zum Standort des Traditionsschiffes diskutiert. Die Bürgerschaft wird sich am 1.3. wieder mit dieser Frage beschäftigen. DIE LINKE spricht sich für einen Bürgerentscheid aus, um auf diese Weise die direkte Demokratie zu stärken und Blockaden in der Stadtpolitik zu überwinden. Ist das Thema überhaupt von Bedeutung für uns als LINKE? Auch darüber hat der Kreisvorstand debattiert. Wir sollten anerkennen, dass dieses Thema die Stadtgesellschaft stark beschäftigt. Stadtentwicklung, insbesondere die gleichwertige Entwicklung aller Stadtteile, sollte auch ein linkes Anliegen sein.

Wir müssen als LINKE darauf beharren, dass es nicht nur um den Standort des Schiffes geht, sondern um die Entwicklung sowohl des IGA-Parks als auch des Stadthafens. Wir werden dafür eintreten, dass die Bevölkerung im Vorfeld des Bürgerentscheides ehrlich über Kosten und Konsequenzen einer Verlegung des Schiffes informiert wird.

Es gibt im Kreisverband sehr unterschiedliche Auffassungen über den künftigen Standort des Traditionsschiffes, so auch im Kreisvorstand. Wichtig ist dem Kreisvorstand, dass wir geschlossen hinter dem Bürgerentscheid stehen. Ob und wie wir uns zur Frage im Bürgerentscheid positionieren, wird noch zu entscheiden sein. Vielleicht bietet der Kreisparteitag, den der Kreisvorstand für den 6.5., 9 Uhr, in den Waldemar Hof einberufen hat, eine

Gelegenheit zur innerparteilichen Klärung.

Kurz wertete der Kreisvorstand die vertiefenden Veranstaltungen zur zukünftigen Arbeit des Landesverbandes aus. Hierzu wird es im nächsten KLARTEXT Informationen geben. Bedauerlich ist, dass sich von den ca. 200 Teilnehmern an der Auftaktveranstaltung in der Stadthalle nur ca. 10 % an den weiteren Veranstaltungen beteiligt haben.

Der Kreisgeschäftsführer gab einen ersten Überblick über die Planungen des Landeswahlbüros zum Bundestagswahlkampf. Es wird eine Wahlzeitung geben, eine Aufforderung zur Briefwahl und einen Personalflyer für unseren Spitzenkandidaten. Wir werden diesmal wieder selber plakatieren. Da es deutlich mehr Plakate geben wird, als im Landtagswahlkampf, stehen wir vor einer großen Herausforderung. Wir werden im Kreisverband Teams bilden und sind für jede helfende Hand dankbar.

Der Kreisvorstand informierte sich über eine Initiative des Stadtteilverbandes Lütten-Klein, der mehrmals im Jahr ein „Lütten-Kleiner Blättchen“ herausgeben will. Auf zwei Seiten soll die Lütten-Kleiner Bevölkerung über lokale und bundespolitische Themen aus Sicht der LINKEN informiert werden. Der Kreisvorstand begrüßt diese Initiative und wird sie mit ganzer Kraft unterstützen.

Am 2. März startet auch in Rostock der Film „Der junge Karl Marx“. Unser Kreisverband und die Linksjugend mobilisieren mit 5000 Flyern für die Aufführung am 2.3. um 19 Uhr im Lichtspieltheater Wundervoll (Barnstorfer Weg 4). Wir wollen möglichst

viele junge Menschen dafür gewinnen, sich mehr mit Marx und seinen Ideen zu beschäftigen.

Am 3. März wollen unsere beiden Landtagsabgeordneten mit Unterstützung der Parteibasis Unterschriften für die Volksinitiative für eine kostenlose Schülerbeförderung sammeln (siehe S. 7). Wir starten um 9 Uhr in Lütten-Klein (Markt) und parallel um 9:30 Uhr auf dem Markt Reutershagen (jeweils bis ca. 11 Uhr), und setzen die Sammlung um 14 Uhr am Südstadt Center fort. Habt Ihr Lust, unsere Abgeordneten zu unterstützen? Wir würden uns über eine rege Teilnahme sehr freuen, gerne auch aus anderen Stadtteilverbänden!

Am gleichen Tag findet von 16 bis 17 Uhr auf dem Doberaner Platz eine Mahnwache für ein friedliches Miteinander der Menschen in Rostock statt. Wir hoffen auf eine Teilnahme vieler Rostocker Genoss\*innen an dieser wichtigen Veranstaltung.

Christopher und Thomas informierten den Kreisvorstand darüber, dass sie am 10.6. im Rostocker Freizeitzentrum eine Veranstaltung für Kinder und Jugendliche durchführen wollen. Bei diesem Anlass sollen Spenden für die Rostocker Tafel gesammelt werden. Der Kreisvorstand wird die Veranstaltung mit ganzer Kraft unterstützen und dankt den beiden für ihre Initiative. An dieser Stelle sei auch auf die neue Volksinitiative gegen Jugend- und Kinderarmut verwiesen, die vom Netzwerk gegen Kinderarmut organisiert und natürlich von unserer Partei tatkräftig unterstützt wird (<http://www.raus-bist-du.de/>).

*i.A. Carsten Penzlin, Kreisvorsitzender*

# Volksinitiative für eine kostenfreie Schülerbeförderung unterstützen!

## Volksinitiative für kostenfreie Schüler\*innenbeförderung



Kostenfreie Schülerbeförderung für alle Schüler von Klasse 1-13 und Auszubildende in Mecklenburg-Vorpommern – Volksinitiative nach Artikel 59 der Verfassung

Der Landtag wird aufgefordert, das Schulgesetz dahingehend zu ändern, dass alle Schüler\_innen von Klasse 1-13 und Auszubildende in M-V kostenfreie Schülerbeförderung an ganzjährig in Anspruch nehmen können. Begründung: Unser Land ist ein Flächenland, die Zahl der kleinen

Schulen auf dem Land ist in den zurückliegenden Jahren erheblich gesunken. Damit steigt die Zahl der Kinder, die täglich mit Bus/Bahn und anderen Beförderungsunternehmen unterwegs sind. Gleichzeitig erhöht sich die Anzahl der Schüler\_innen die für die Schülerbeförderung bezahlen müssen. Wir sehen damit die Chancengleichheit und die freie Schulwahl ab Klasse 5 gemäß Paragraph 45 Absatz 1 Schulgesetz M-V nicht mehr gegeben. Zugleich sind gegenwärtig die Kommunen und Landkreise als Schulträger gefordert Schülerbeförderung durchzuführen. Diese wird im Land in unterschiedlicher und zunehmend wenig zufriedenstellender Qualität durchgeführt. Das Land verfügt jedoch über ausreichende

finanzielle Mittel, um kostenfreie und kostendeckende Schülerbeförderung umzusetzen und ein kinderfreundliches Bundesland zu werden.

Daher fordern wir an dieser Stelle den Landtag auf, dass der Paragraph 113 Schulgesetz dahingehend geändert wird, dass alle Kinder von Klasse 1-13 und Auszubildende kostenfrei mit Bus/Bahn und individuellen Beförderungsunternehmen befördert werden, unabhängig von Mindestentfernungen jedoch mit der Maßgabe von max. Beförderungszeiten. Dieses Landesschülerticket (LaSt) bietet dann die Möglichkeit dieses auch in der unterrichtsfreien Zeit für Freunde, Arbeitsgemeinschaften, Musikschulen, Vereine etc. und den Ferien zu nutzen. Die Schülerbeförderung hat kostendeckend durch das Land zu erfolgen, damit die Schulträger in den Kommunen und Landkreisen spürbar entlastet werden.

## Direktkandidat\*innen im Landkreis Rostock

Horst Krumpen – Direktkandidat im Bundestags-Wahlkreis 13

In Demen kamen am 28. Januar die Vertreterinnen und Vertreter zu ihrer Versammlung zusammen, um den Direktkandidaten der LINKEN im Bundestagswahlkreis 13 (Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I) zu bestimmen. Es traten Susanne Krone (Landkreis Rostock) und Horst Krumpen (Nordwestmecklenburg) an. Horst Krumpen konnte sich am Ende durchsetzen und versprach, die Auseinandersetzung mit den Kandidaten der anderen Parteien im Wahlkreis zu suchen und dabei die soziale Gerechtigkeit insbesondere bei den Themen Rente, Löhne, Gesundheit und Umverteilung in den Vordergrund zu stellen.

Heidrun Bluhm – Direktkandidatin im Bundestags-Wahlkreis 17

Am 10. Februar kamen die Vertreterinnen und Vertreter des Bundestags-Wahlkreises 17 in Waren zusammen, um die/den Direktkandidaten/in der LINKEN zu wählen. Heidrun Bluhm, unsere Landesvorsitzende, stellte sich als einzige Kandidatin der Wahl.

In ihrer Bewerbungsrede stellte Heidi folgende inhaltliche Schwerpunkte in den Mittelpunkt:

Der Bundestagswahlkampf 2017 wird anders als in den Jahren vorher, als Zusam-

menhänge von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik wichtig waren. Das Thema „Innere Sicherheit“ spielt eine große Rolle, ja, aber ohne die Demokratie und die Freiheit einzuschränken, sagt DIE LINKE. Die Kultur und Art der Sprache haben sich verändert, deshalb ist es wichtig genau zuzuhören bei den Argumenten der AfD. Opposition ist wichtig und kann auch Erfolge verzeichnen, wie z.B. den Mindestlohn, die Mietpreisbremse, die Abschaffung der Praxisgebühr. Wir müssen immer deutlicher sagen, wer's erfunden hat. Der Mindestlohn ist unzureichend, unsere Forderung sind 12 Euro/Stunde. Im Wahlkampf wollen wir mehr Gerechtigkeit einfordern, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Steuergerechtigkeit. Die Banken werden durch den Staat gerettet, aber viel zu wenig Geld fließt z.B. in Infrastrukturmaßnahmen.

In der Friedensfrage dürfen wir keine Zweifel aufkommen lassen, DIE LINKE ist die einzige Friedenspartei. 2015 und 2016 wurden so viele Waffenexporte durch den ehemaligen Wirtschaftsminister Gabriel genehmigt, wie nie zuvor. Die SPD macht im Wahlkampf immer große Versprechen und hält sie nach der Wahl nie ein. Wir müssen den Menschen mehr und besser zuhören und unsere Hilfe anbieten.

Heidrun Bluhm ist seit 2005 im Deutschen Bundestag, zunächst im Petitionsausschuss und als wohnungspolitische Sprecherin. Seitdem gibt es das wohnungspolitische Konzept der LINKEN – in einer Zeit, als die Regierung die sich abzeichnende Krise auf dem Wohnungsmarkt noch nicht wahrhaben wollte und alles dem Markt überließ. In ihrer zweiten Legislatur initiierte sie die Gründung der TLG „Fair Wohnen“, die es heute noch gibt und die die damals 11.000 Wohnungen den Miethaien entreißen wollte. Der Bundesfinanzminister entschied sich aber für Privatisierung. Seit 2013 ist Heidrun Bluhm Mitglied im Landwirtschaftsausschuss. Die Erarbeitung eines Konzeptes für die Entwicklung ländlicher Räume wurde begonnen, die sie im Falle einer Wahl unbedingt fortsetzen möchte.



# Gesichter der Bürgerschaft: Kay Nadolny

*Im Mai 2014 wurden die Rostocker Abgeordneten der Bürgerschaft gewählt. Wir wollen in den kommenden Monaten einige Mitglieder der Linksfraktion etwas genauer vorstellen. Den Anfang macht ein Nachrückker: Kay Nadolny.*

Mein Name ist Kay Nadolny, ich bin 40 Jahre alt, von Beruf Pädagoge und wohne im Hansaviertel in Rostock. Ursprünglich kam ich aus der Nähe von Ludwigslust aus dem kleinen Dorf Krenzliner Hütte. 1995 kam ich zum Studium nach Rostock und bin nun schon die längste Zeit meines Lebens Rostocker. Ich möchte, dass wir den Neoliberalismus überwinden und eine neue demokratisch sozialistische Gesellschaft schaffen, in der die Versprechen der französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit und Solidarität für alle Menschen verwirklicht werden. Konkret engagiere ich mich bei Soziale Bildung e.V. im Peter Weiss Haus und anderen linken Initiativen und Projekten. Seit 1996 bin ich Mitglied der PDS/Linken.

## Was hat Dich 2014 bewegt, für die Bürgerschaft zu kandidieren?

Die Kommunalpolitik ist spannend, denn vieles was vor Ort geschieht ist beeinflussbar. Kapitalismus ist zwar das vorherrschende Prinzip unserer Gesellschaft, dennoch gibt es auch viel Sozialistisches. Dazu würde ich zum Beispiel die öffentlichen Sportstätten, Museen und Theater, den Nahverkehr, die Straßen und Plätze, die Strände, Wälder und Parkanlagen, die Schulen, die Universität, die Kleingärten, der Zoo, Spielplätze, Hafenanlagen, Stadtwerke, die Krankenhäuser, kommunalen Wohnungen, die Ostseesparkasse zählen. Sie alle müssten nicht nach dem Profitprinzip betrieben werden. Es reicht wenn die kommunalen Einrichtungen +/- null machen. Und das reizt mich als Linker, die Verhältnisse so zu verändern, dass vieles in kommunale Hand kommt und die Stadt ihre Macht nutzt, um dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen und nicht der Bereicherung von einigen wenigen. Gleichzeitig gibt es viele Menschen, Initiativen und Vereine,

die sich um das Gemeinwohl sorgen, und mein Ziel ist es auch, dass diese Forderungen Chancen bekommen verwirklicht zu werden.

## Was sind die Schwerpunkte Deiner Arbeit in der Bürgerschaft? Mit welchen Themen beschäftigst Du Dich vor allem?

Mich beschäftigt vor allem das Thema bezahlbarer Wohnraum. Rostock wächst und die alten Prognosen waren falsch. Vor wenigen Jahren noch wurden mit Bundesmitteln Plattenbauten abgerissen. Nun fehlt bezahlbarer Wohnraum und die Mieten steigen ständig. Die Verwaltung hat bisher vor allem neue Einfamiliensiedlungen auf den Weg gebracht. Aus meiner Sicht sollten 4-5-stöckige Mehrfamilienhäuser gebaut werden. Wie zum Beispiel die Südstadt und Lichtenhagen zeigen, ist auch in Plattenbauten ein gutes Leben möglich. Es macht den m<sup>2</sup>-Preis auch günstiger, denn wenn auf 500m<sup>2</sup> ein Einfamilienhaus steht, dann leben dort vier Menschen; in einem 5-stöckigen Haus könnten auf derselben Fläche 40 Menschen leben. Will man bezahlbaren Wohnraum, dann

muss man mehrstöckig bauen. Neben dem Thema bezahlbares Wohnen beschäftige ich mich unter anderen auch mit den Themen mehr Bürgerbeteiligung, eine transparentere Verteilung der Kulturförderung und wie man bei der RSAG ein Sozialticket für Hartz4-Bezieher\*innen einführen kann.

## Hast Du den Eindruck, dass DIE LINKE etwas bewegen kann?

26 Prozent der Rostocker\*innen, die wählen gegangen sind, haben uns gewählt. Die Leute wollen was und die Linke stimmt immer sozial. Wir wollen das Wasser wieder in Rostocker Hand. Wir stim-

men für alternative Wohnprojekte wie den Wagenplatz. Wir setzen uns für den Erhalt von Theater und der Ausweitung der Kulturförderung ein. Man könnte noch viel viel mehr aufzählen. Dennoch glaube ich, dass wir noch viel mehr erreichen könnten. Wir brauchen mehr Kontakt zu den Leuten und zu den Parteimitgliedern und Parteistrukturen. Wir sollten auch in der Fraktion arbeitsteiliger werden. Jeder sollte regelmäßig Reden halten und Anfragen stellen. Auch gemeinsame Fortbildungen und Programme kommen mir zu kurz. Klar ist, dass unsere Möglichkeiten als Linksfraktion begrenzt sind, die LINKE mit 13 von 53 Bürgerschaftsmitgliedern, die alle nur ehrenamtlich dabei sind.

## Welches Erlebnis war bislang besonders eindrucksvoll für Dich?

Eindrucksvoll finde ich, dass Rostock nur noch 76 Mio. Euro kurzfristige Schulden hat und 2016 ca. 40 Mio. Überschuss erwirtschaftet hat. Mit dem Innenministerium ist ein jährlicher Schuldenabbau von 10 Mio. vereinbart. Wir könnten also schon jetzt viel mehr investieren! Wir könnten also jetzt beginnen, tausende bezahlbare Wohnungen zu bauen, unsere Parkanlagen wieder besser zu pflegen, die Sportstätten und Spielplätze erweitern, eine weitere kommunale Schwimmhalle bauen. Obwohl die Schulden offensichtlich spätestens 2019 weg sind, gehen wir diesen Weg nicht.

## Wie erlebst Du die Atmosphäre auf den Bürgerschaftssitzungen?

Ich bin ja zum ersten Mal da und ehrlich gesagt hätte ich mir alles professioneller vorgestellt. Manchmal können Rechtsfragen nicht geklärt werden oder die Reihenfolge der Anträge ist umstritten. Bei Abstimmungen wird manchmal nicht genau gezählt. Dann verlassen große Teile der CDU-Fraktion den Raum, weil Ihnen eine Entscheidung nicht passt. Dann gibt es viele formale Dinge, die viel Zeit brauchen und langweilig sind. Es gibt aber auch stimmungsvolle Diskussionen und überraschende Wendungen. Je nach The-





ma sind die Zuschauerränge mal voll und mal ganz leer. Alles in allem ist es ein sehr demokratischer Ort. Ich hab mich auch schon einige Male gefragt, ob in der Bürgerschaft eher reichere Leute in der Mehrheit sind, aber über die Vermögen der Mitglieder der Bürgerschaft weiß ich wenig.

### Wie klappt die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen?

Da wir auf die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen angewiesen sind, gibt es

je nach Thema Koalitionen. In vielen Fragen sind sich LINKE, Grüne und SPD einig, oft auch mit der Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch09.

### Was nimmst Du Dir für die kommenden Jahre vor?

Da könnte ich jetzt ganz viel schreiben. Aber die Themen bezahlbares Wohnen, gute Löhne in Rostock, eine ausreichende soziale Infrastruktur, mehr Bürgerbeteiligung und eine bessere Kulturförderung

sind schon auf dem Zettel. Dass unsere Partei wächst, ist auch immer wieder Thema, dass wir zu gemeinsamen Punkten und Programmen kommen. Dass die Basis, Kreisvorstand und Linksfraktion enger zusammenarbeiten, das ist ein Ziel. Und wenn dann noch die Hartz4-Bezieher\*innen für die 26 Euro, die sie für Nahverkehr haben, auch ein Sozialticket bekommen, dann sind wir wieder ein Schrittchen weiter.

## Der Terror des NSU: 5 Jahre Selbstenttarnung! 5 Jahre Aufklärung? - Eine Podiumsveranstaltung

Mehr als 50 interessierte Personen folgten der Einladung der migrationspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Schweriner Landtag, Karen Larisch, um über den Themenkomplex „Nationalsozialistischer

Luczak, Nebenlageanwältin im NSU-Prozess, vertritt seit 2013 die Angehörigen der Betroffenen vor dem Münchener Oberlandesgericht. Dort wird insgesamt gegen fünf Personen verhandelt, die die



Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.): Karen Larisch (MdB „Die Linke.“, Moderation), Imam-Jonas Dogesch (Mitglied des Migrantenrates und der Initiative „Mord verjährt nicht!“), Dr. Anna Luczak (Anwältin der Nebenklage im NSU-Prozess), Petra Pau (MdB „Die Linke.“, Obfrau im parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages)



Untergrund“ zu diskutieren. Hierzu lud sie am 18. Februar 2017 verschiedene Akteure ein, die in die Aufklärung und Aufarbeitung der neonazistischen Terrorserie involviert sind. Petra Pau begleitet als Mitglied des Bundestages bereits den zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Neben dem Unterstützernetzwerk des NSU, stehen vor allem die Vergehen der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden, wie dem Verfassungsschutz, im Zentrum ihrer Untersuchungen. Dr. Anna

bisher schwerste rechte Terrorserie ermöglichten. Beate Zschäpe gilt als letzte Überlebende des neonazistischen Kerntrios.(1) André Eminger, Holger Gerlach, Carsten Sch. sowie Ralf Wohlleben sind als mutmaßliche Unterstützer der Terrorzelle angeklagt. Imam-Jonas Dogesch ist als Mitglied der Initiative „Mord verjährt nicht!“ seit 2011 mit der Aufarbeitung und Gedenkpolitik des Mordes in Rostock-Toitenwinkel beschäftigt. Dem öffentlichen Druck der Initiative ist es zu verdanken, dass sich die Hansestadt Rostock mittlerweile zu den rechten Mord bekennt und ein Mahnmal am Tatort installiert hat.

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ ist für die schwerste neonazistische Terrorserie der vergangenen Jahrzehnte verantwortlich. Motiviert durch ihr rassistisches Weltbild ermordete die Organisation zwischen 2000 und 2006 neun Menschen türkischer und griechischer Herkunft sowie eine Polizistin. Hinzu kommen schwere Sprengstoffanschläge mit dutzenden zum Teil Schwerverletzten und zahlreiche Banküberfälle. Auch in

Mecklenburg-Vorpommern zeichnete sich die terroristische Vereinigung für mehrere Straftaten verantwortlich. Am 25. Februar 2004 wurde Mehmet Turgut im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel erschossen, als er in einem Imbiss aushalf. In Stralsund beging der NSU 2006 und 2007 zwei Banküberfälle, um sich das Leben im Untergrund zu finanzieren. Nur durch Zufall – aufgrund eines missglückten Banküberfalls im thüringischen Eisenach – enttarnte sich der NSU im November 2011 schließlich selbst.

(1) Die These, dass der NSU aus lediglich drei Personen (Beate Zschäpe, Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt) bestanden haben soll, wurde mittlerweile durch die Arbeit der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse widerlegt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass es sich beim NSU um ein größeres neonazistisches Netzwerk handelt.



In Rostock wurde am 25.2. an Mehmet Turgut gedacht. Mit dabei Eva-Maria Kröger, Steffen Bockhahn, Lisa Kranig und Sandro Smolka (unten rechts). Das Denkmal war in der Nacht zuvor geschändet worden.

# Strategiedebatte im Landesverband

Der Landesparteitag fasste am 24.9.2016 den Beschluss, in einer Strategiedebatte Schlussfolgerungen aus der verlorenen Landtagswahl für die künftige Parteiarbeit zu ziehen. Es fanden Regionalkonferenzen statt, in Rostock am 13.1. in der Stadthalle, sowie im Kreisverband Rostock vertiefende Veranstaltungen zu bestimmten Arbeitsbereichen. An dieser Stelle könnt Ihr zwei Resümees lesen.

## Zusammenfassung AG Öffentlichkeitsarbeit

Wie auf dem Landesparteitag im vergangenen Herbst beschlossen, wurden auch bei uns in Rostock Strategiedebatten zu den unterschiedlichsten Themen durchgeführt. Damit wurde ein erster Beitrag zur Aufarbeitung der letztjährigen Landtagswahl-niederlage getan. So berieten die Genossinnen und Genossen unter anderem, wie man zukünftig noch mehr junge Menschen erreichen kann, welche Alternativen es zur Regierungspolitik gibt oder aber auch, welche Wege man in der Öffentlichkeitsarbeit gehen muss, um unsere Inhalte den Menschen im Land noch schmackhafter zu machen.

Zu letzterem Thema, nämlich der „Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit“, trafen sich am 3. Februar zwölf Interessierte in der Kreisgeschäftsstelle. Die Veranstaltung begann mit einer kurzen Einführung, in der deutlich wurde, dass wir unsere Öffentlichkeitsarbeit an den unterschiedlichen Zielgruppen ausrichten müssen, um diese spezifisch anzusprechen. Im Anschluss wurden unterschiedlichste Mittel erarbeitet, mit denen wir die Öffentlichkeit erreichen können und sich zu diesen ausgetauscht. Zu nennen wäre etwa der Bereich der „Sozialen Medien“, der zum Beispiel Facebook, Twitter, und andere Plattformen umfasst, auf denen sich Menschen miteinander verbinden und austauschen können. Hier war es den Anwesenden wichtig, dass wir vor allem ein einheitliches Auftreten aller Parteistrukturen haben und qualitativ hochwertige Inhalte produzieren. Das schließt einen verantwortungsvollen Umgang mit Quellen und eine stete Prüfung ihres Wahrheitsgehaltes mit ein und dient nicht allein dem Wiedererkennungswert, sondern vermittelt auch ein gewisses Maß an Professionalität, das die Menschen von einer politischen Partei erwarten.

Eine weitere diskutierte Möglichkeit in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten sind externe Veranstaltungen. So können wir uns als Partei zum Beispiel an sport-

lichen Wettbewerben beteiligen oder sie selber ausrichten. Gerade die Selbstausrichtung solcher Veranstaltungen ermöglicht es, auch caritativ in Erscheinung zu treten. Über Antrittsgelder oder Sponsoren, lassen sich Einnahmen erwirtschaften, die wir wiederum an Organisationen oder Vereine spenden können. So profitieren nicht nur wir von dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit.

Dies waren nur einige der zahlreichen guten Ideen und Ansätze dieses Abends. Diese umzusetzen wird nun Aufgabe der Landespartei sein, aus Rostocker Perspektive kann allerdings festgehalten werden, dass wir einen guten Beitrag dazu geliefert haben.

Phillip Bock

## Zusammenfassung AG Jungwähler\*innen

Gemeinsam mit Landesvorstand und Mitglied der Landtagsfraktion Jaqueline Bernhardt hat sich am 27.01.2017 in der Geschäftsstelle in Rostock eine Gruppe von 10 jungen Genossinnen und Genossen

Debatten lassen. Vielmehr ging es darum, dass durchaus streitbare Aussagen die Debatte beleben sollten. Das hat auch stattgefunden.

Da es nicht möglich ist 16 Punkte im Rahmen einer zweistündigen Veranstaltung wirklich fundiert zu diskutieren, haben wir in einem ersten Schritt eine Gewichtung vorgenommen und uns in der Diskussion auf die Thesen beschränkt, die wir als besonders wichtig erachten.

Das waren folgende Thesen:

- Wir müssen die Grüne Klientel (vor allem an den Universitätsstandorten) stärker ansprechen und abholen.
- Junge Menschen wählen bevorzugt junge Menschen
- Wir müssen in der Ansprache und bei den Materialien frecher und qualitativ besser werden
- Für die Betreuung von Neueingetretenen müssen Mindeststandards formuliert und erfüllt werden

In einem zweiten Schritt haben wir dann versucht die Thesen qualitativ zu untersetzen.

Wir haben mit der Ansprache der grünen Klientel begonnen. Zum einen spielt unser programmatischer Ansatz des sozial-ökologischen Umbaus in der konkreten politischen Arbeit eher eine untergeordnete Rolle. Viele Menschen wissen gar nicht, dass wir diesen Anspruch überhaupt formuliert haben. Hier müssen wir stärker aktiv werden. Themen wie ökologische Landwirtschaft, Tierschutz, Regionalisierung, Kennzeichnung von Produkten oder die Energiewende (und die Frage deren sozial gerechter Ausgestaltung) spielen in

einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Rolle. Zudem werden auch an der Universität Rostock Agrartechniker und Landwirte ausgebildet, die es anzusprechen gilt.

Zum anderen haben die Grünen in der Gruppe der Jung- und Erstwähler (noch) die Nase vorn. Dort erreichen sie regelmäßig Ergebnisse um die 18%. Wir kommen in dieser Alterskohorte auf gut 15%. Das wundert auch nicht, geben junge, gebildete Menschen oft ökologischen Themen eine hohe Priorität. Legt man weiterhin die These von Martin Koschkar zugrunde, dass „die PDS ausstirbt“ (also unsere klassische, gewachsene Wählerstruktur langsam aber sicher erodiert), muss es ein zentrales Anliegen sein, neue Wählerschichten zu erschließen und dazu gehört eben auch eine inhaltliche Neugewichtung. Die entsprechenden Potenziale liegen nun



getroffen, um die von der AG JungwählerInnen formulierten Thesen zur Neuausrichtung der Arbeitsweisen des Landesverbandes zu diskutieren und ggf. zu ergänzen. Grundsätzlich lassen sich die Thesen in zwei Bereiche einteilen: Thesen, die die Ansprache von Wählerinnen und Wählern der entsprechenden Altersgruppen (16 – 24) betreffen und Thesen, die sich um das Werben, Pflegen und Entwickeln von (jungen) Mitgliedern drehen. Diese Unterteilung beruht auf einer der zentralen Thesen des Papieres, dass junge Menschen vor allem junge Menschen wählen. Wollen wir also junge Menschen ansprechen, müssen wir auch junge Menschen zur Wahl aufstellen.

Diese Aussage verdeutlicht auch, was Sinn und Zweck der Thesen war. Es ging nicht darum, unumstößliche Wahrheiten zu formulieren, die kaum Raum für kontroverse



mal vor allem in der genannten „grünen“ Wählerschicht. Diese Wählerinnen und Wähler wegzulocken sollte in dieser Legislatur angegangen werden, nicht zuletzt, da die Grünen aus dem Landtag ausgeschieden sind und auch ihre kommunale Verankerung nicht mit der unseren vergleichbar ist. Diese Schwächephase muss diese Wahlperiode genutzt werden um daraus politisch zu profitieren.

Hier wird es sowohl notwendig sein diese Wählergruppe ganz gezielt anzusprechen, aber auch noch stärker in die universitären Gremien einzudringen, die sich noch fest in der Hand der Grünen und der Sozialdemokraten befinden, die diese Gremien für ihre Interessen nutzen und so die studentische Klientel sehr erfolgreich ansprechen. Einen sehr großen Raum in der Debatte nahm die Diskussion um unsere Wahl- und Werbematerialien und die Nutzung neuer Medien ein. Kritisiert wurde, dass unsere Werbemittel oft eher von minderer Qualität sind, was schon beim Material der Flyer anfängt: Zuviel Text, eine wenig ansprechende grafische Darstellung und ein oft zu ernster und/oder belehrender Ton machen es für junge Menschen oft wenig attraktiv, sich damit auseinanderzusetzen. Für zentral halten wir die Erkenntnis, dass einfach mehr Material zu verteilen nicht unser grundlegendes Problem lösen wird. Gerade in der Zielgruppe der jungen Wähler geht es vielmehr darum, das Interesse für uns und unsere Materialien zu wecken, die sonst viel zu oft ungelesen im Müll verschwinden. Wir wollen also erreichen, dass wir mehr auf Qualität statt auf Quantität setzen. Unsere Materialien müssen provokanter, witziger und selbstironischer werden, sich viel stärker an dezidierte Zielgruppen richten und auch nicht davor zurückschrecken, sich der Pop-Kultur und „Memes“ (witzige Bildchen) zu bedienen. Wir dürfen, so einhellige Meinung der Gruppe, die Polarisierung nicht scheuen und müssen uns von der Vorstellung verabschieden Materialien entwickeln zu können, die alle Menschen gleichermaßen ansprechen. Konsequenz ist dann nämlich viel zu oft, dass sich gar keiner so richtig angesprochen fühlt.

Auch unsere Präsenz im Internet und den sozialen Medien ist qualitativ und quantitativ deutlich ausbaufähig. Auch hier gilt es Bilder, Videos und Texte handwerklich zu verbessern und auch witzigere und ansprechendere Formate zu finden. Besonders für die Ansprache der Wählerinnen und Wähler unter 20 eignen sich Dienste wie etwa Instagram, den wir bisher als Partei noch gar nicht nutzen. Mitarbeiter, deren Aufgabengebiet die Öffentlichkeitsarbeit umfasst, müssen hierfür regelmäßig geschult werden. Es kann auch notwendig sein, hierfür mehr Personal abzustellen. Gerade da die klassischen Medien uns oft nicht den Raum geben so aufzutreten, wie wir das gerne hätten, müssen wir viel mehr

Zeit, Energie und Know-How in die sozialen Medien stecken. Dort liegt es ganz allein an uns selbst, wie erfolgreich wir uns präsentieren können. Aber genau in diesem Bereich haben wir teils erhebliche Defizite. Ein Blick zur Internetpräsenz unseren sächsischen Genossinnen und Genossen reicht um sich gewahr zu werden, wie groß der Raum zur Verbesserung noch ist.

Geschlossen abgelehnt wurde unterdessen der immer wieder vom Bundesvorstand eingebrachte Vorschlag des Haustürwahlkampfes. Gerade junge Menschen, die ihren Informationsbedarf jederzeit online decken können und das auch tun, empfinden ein so starkes Vorrücken ins Private oft als lästig und unangenehm. Hier wird eher befürchtet, dass es die Leute abschreckt.

Soviel zur Ansprache von jungen Wählerinnen und Wählern.

Der zweite, große Abschnitt der Veranstaltung drehte sich rund um das Werben und Betreuen von Neumitgliedern. Hier gab es verschiedene Ansätze, wie etwa ein Mentorenprogramm, das Neumitgliedern feste Ansprechpartner zur Seite stellt, die sie bei ihren ersten Schritten in der Partei unterstützen. Auch die Notwendigkeit neuer Formate und Strukturen der politischen Arbeit wurden betont, da die bisherige BO-

auch wir dennoch große Potenziale zur Verbesserung.

Ein weiterer ausführlich diskutierter Punkt war die sog. Gamification. Darunter versteht man, dass bestimmte Aufgaben (etwa Verteilen von Materialien, Plakate aufhängen usw.) als Spiel betrachtet werden. Die Möglichkeit Punkte zu sammeln, der damit einhergehende Wettbewerbscharakter und Gratifikationen für den „Gewinner“ können dazu beitragen, diese eher unliebsamen Aufgaben etwas motivierender zu gestalten. Im Prinzip kann man sich das als moderne, spielerische Variante des sozialistischen Wettbewerbs vorstellen. Solche Ansätze der Gamification werden unter anderem in der Schuldidaktik bereits durchaus erfolgreich eingesetzt, so dass es zumindest sinnvoll sein kann, etwas Derartiges zumindest mal auszuprobieren. Zum Abschluss möchte ich den Bogen wieder zum Anfang spannen. Natürlich wählen junge Menschen nicht automatisch junge Menschen. Beispiele wie Gregor Gysi oder Bernie Sanders in den USA zeigen, dass es vor allem um Authentizität geht. Je nach Thema, dass er oder sie besetzen möchte, kann das Alter der Kandidaten aber ein Faktor sein. Phillip Bock, der im letzten Wahlkampf im Wahlkreis Rostock IV ganze vier Prozentpunkte über dem Zweitstimmenergebnis lag, ist ein sehr gutes Beispiel für diese These. Als völlig unbekannter Bewerber, aber mit der Aura des jungen, unverbrauchten und ehrlichen Kandidaten konnte er vor allem in der Stadtmitte bei der studentischen Klientel gute Ergebnisse erzielen. Auch an anderen Orten konnte man in vielen Wahlkämpfen ähnliche Effekte beobachten.

Letztlich ist das Alter der Kandidaten aber nur eine Dimension strategischer Entscheidungen, die man bei der Auswahl seiner Kandidaten in einem Wahlkreis berücksichtigen muss. Um diese Abwägungen aber überhaupt anstellen zu können, ist es eben wichtig, dass diese jungen, motivierten und idealerweise qualifizierten jungen Menschen auch zur Verfügung stehen. Dafür müssen wir über eine inhaltliche Neugewichtung andere Zielgruppen ansprechen. Dafür müssen wir diese dezidiert mit auf sie zugeschnittenen Materialien ansprechen. Und dafür müssen wir sie beim Eintritt gleich abholen, betreuen und einbinden.

Nur, wenn es uns gelingt noch stärker junge Menschen für uns zu gewinnen, die aktiv und gerne bei uns mitmachen, die unsere Inhalte mitgestalten und diese nach außen kommunizieren, können wir auch junge Wählerschichten erfolgreich ansprechen. Wenn wir neue Menschen für uns gewinnen wollen, müssen wir aber auch bereit sein neue Wege zu gehen.

*Christian Albrecht*



Struktur für junge Menschen als wenig attraktiv angesehen wird. Auch hier gibt es bereits neue Ansätze, etwa die Umstellung der inhaltlichen Arbeit auf Projektgruppen, die zeitlich begrenzt, mit konkreten Zielen Sachverhalte abarbeiten. Da sich vor allem Jüngere ein hohes Maß an Flexibilität wünschen, sind derartige Formate attraktiver als verstetigte Strukturen. Obwohl wir in Rostock regelmäßig junge Neumitglieder begrüßen können und wir auch bessere Möglichkeiten haben diese zu betreuen als viele Kreisverbände in der Fläche, haben

# Kurt Kaiser:

## Schwaan un Bützow an de Warnow - Teil 2



Ick verlat nu Schwaan, üm de ok an de Warnow liggende Stadt Bützow neger kennentauiern.

1171 n.Chr. wür de slawische Burg: „Castrum Butissowe in Terra Butissowe“ erwähnt. De Nam *Butissowe* taucht öfter up, de af 1229 denn as *Buszowe* orer *Butzow* bekannt wür. Um 1180 kehm Bützow unner Bischof Berno sien Residenz un ut 1229 stammt de ierste Urkund det Bischofs.

In dit Jahr begünn de planmäßige Anlag as dütsche Stadt, de 1236 – also 18 Jahr nah Rostock – dat Stadtrecht bekehm.

Dor befün se sik noch in ´n Besitt von de Bischöfe ut Schwerin. 1239 wier Bützow sogor de Hauptresidenz von dat Bistum Schwerin un kehm ierst 1540 an de Heröch von Meckelborg, de ehr Schloss 1556 farigstellten.

Oewer wat schreew denn de 1936er-Chronist oewer Bützow? Ick läs juch dat ´mal vör:

# Dor, wo de Warnow anfängt, schiffbor tau warden, liggt de olle Bischofstadt. Früh is de Urt, de för söben Jahr sien 700. Geburtsdach fierte, Sitz det Bischofs von Schwerin worden un hett dormit einen annern Wech inschlagen as de annern meckelnborgschen Landstädt. Nah de Reformation wirkten hier evangelische Administratoren. De Dörtigjöhriige Krieg har ok disse Stadt, de afwesselnd von Dänen, Schweden, un Kaiserlichen besett un utplünnert wür, schweren Schaden un väl Leed andahn. Nich weniger as drei Viertel von de Inwahnerschaft sünd damals Schrecken von Süken, nagenden Hunger un Mordgier von Kriegshorden tau ´n Opper fallen. De meisten Hüser stünnen nahsten leer, un de Stadt har wahrlich ein anner Gesicht krägen gegenöwer de Tied tweihunnert Johre dorför, as dat satte Wohlleben von de kirchlichen Würdendräger oft apene Awlöhnung von de schwer um ehr dächlichet Brot ringende Börgererschaft hervorraupen har.

1716 würn dörch einen Stadtbrand dat Rathaus un grote Deile von de Stadt zerstürt. Ein nieget Stadtbild entstün 1760, as de fromme Herzog Friedrich von Mecklenburg (1756-1785), de in Ludwigslust residierte, de Friedrichs-Universität Bützow gründt har, de deilwies in ´n Schloss unnerbröcht wür. Dat passierte wägen theologische Differenzen un ut Konkurrenz tau de Universität Rostock. 1789 wür de Universität werrer mit de Rostocker vereint un in Bützow uplöst. # Sowiet ok hier ut denn Artikel von 1936.



Vör dat Rathaus föhl mi ein Gäusplastik up un ick ´wull weiten, wat de woll tau bedühden har.



Vernähmt nu de Legende oewer denn „Gauskrieg von Bützow“.

De Französische Revolution von 1789 mit ehre Parole: #Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!# steckte ok de Bützower Börger an un motivierte se, sik gegen dat herrschende Feudalregim uptaulöhnen. De Zündfunke wür ´n denn de Börger ehre Gäus.

Wat wier passiert? Gäus hemm, wenn man sönnne schmackhaften un dunenspendenden Voegel uptreckt un se up Straten un Wech rümwatscheln löt, dat so an sick, dat se alls vullschieten.

Un nu passierte, tau ein Tied, wo soziale un politische Spannungen as Utwirkung von de Französische Revolution (1789) ok ahn dit „Gäusmallör“ in Bützow de Stimmung anheizten, dat disse Spannungen denn „Gauskrieg von Bützow“ 1794 utlösten. Dat wier ein Utdruck von Untaufrädenheit von de Börger mit ehrn Stadtrat un de Politik.

Wilhelm Raabe hett in sien literarisch Wark: „Die Gänse von Bützow“ 1866 oewer dit Eriegenis schräwen:

# De Bützower J. W. Eyring, har dat ganze

Läben in sien Heimatstadt Bützow taubröcht – bit up de Jugendjohre, as he up de Rostocker Universität studierte.

He vertellte uns oewer denn *lütten hageren Advokaten* Dr. Wübbke, de von Frankreichs

Volkshelden Danton sien Wirken in de Französich Revolution un de Parol: #Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit# begeistert wier. De in de Ogen von denn Stadtöbelsten # ümstürzlerische Volksverführer Wübbke # wier von Börgermeister Dr. Hane, wägen ein „Gausgeschichte“ unsanft behandelt worden.

De „wohlöbliche Bützower Magistrat“ beschlöt an ´n 5. November 1794: „*jene Spezis von de Wadervögel, dat tau verbeiden, wierer frie nah ehren Willen dörch de Stadt tau watscheln.*

*He leggte fast: # Dat geflügelte Völkchen möt in ehren Stall inkarzeriert warden. Noch frie lopende Gäus warn infungen un in Pandstall wechsparrt! #*

Börger Eyring har nu ein Gaus ut den städtischen Pandstall köfft un sienen Schaulkollegen Magister Albus an *Martinsdach* tau ´n Gausbraden inlادت.

Verwunnert möt he nu as Gastgeber hürn, dat sien Gast, as Magister, de Gäusfrieheit allen lernstes mit denn Kampf edler un upgeklorter Börger für ein taukünftig grote Republik in Verbinnung bringt. He har betont utraupen:

*# Große Tage nahen sich mit großen Schritten dem morschen Reiche der Deutschen! #*

Oewer Eyring wüsst dat bärer un sien Mamsell Hornborstel schickte denn *politisch-amorosen* Dischgenossen, Magister Albus, gegen denn dirigierenden Börgermeister. Se versprök denn Junggesellen Albus tau erhürn, falls he denn hochwiesenen Magistrat tau de Tröchnahm von denn *Gaus-Edikt* bewägen künn.

Albus preschte nu vör. He, de johrelang denn Spott von de Bützower mit lächeln-



de Demut ertragen har, fürcht´ sich de Reaktion von dat Ober-Schau-Kollegium ut Schwerin:

# *Uns Gäus lieden an Dyspepsie!*# schreech he denn Börgermeister vör denn versammelten Magistrat entgegen un avanciert mit sien Palavern oewer Verdauungsstörungen von de Bützower Gäus un Gausfrieheit, bi de Bützower Börger Tau´n *Volksrepräsentanten Dantonscher Prägung*. De Pöbel *rasante* vör Lust. De Demos von Bützow störmten denn Pandstall.

Bi denn Tumult schlögen sik Dr. Wübbke un Magister Albus üm Mamsell Hornborstel. Beiden har de *heuchlerische Trulla* för ehren Kampf gegen denn dirigierenden Börgermeister de Ehe verspraken.

De armselig Schaulmeister Magister Albus wür deip in de Schiet drückt un möst bi sienen Fründ, Eyring, Schutz säuken.

Mamsell Hornbostels Updrach an Albus, de Gäus tau retten, dat wier blos ´n Vör-

wand wäst. Beiden Herrn, Albus un Wübbke, har de # *falsche Sirene, natterzüngige Rufa, libidinose Janua* # gegeneinander utspält as twei *Schellenbuben*.

Dr. Wübbke wier denn spurlos verschwunn´.

Pastor Primarius Klafautius bericht oewer de *jakobinschen Vorgäng* ut Bützow schriftlich nah Schwerin. De herzogliche Regierung schickte nu elf Soldaten. De Börgermeister klagt nu Eyring sien Leed, un de weit Rat:

Börgermeister Hane süll man för de Inquartierung von dat Militär bi de Mamsell Hornborsstel sorgen. För denn gauden Rat verlangte Eyring oewer as Gegenleistung, dat de Börgermeister de Flucht von Magisters Albus nah Berlin toleriert.

Anführt von Leutnant Schlappupp rückten de Schweriner Husaren in Bützow in.

Ein poor Börger würn in ´t Zuchthus steckt, kehmen oewer bald werrer frie. Ok

de Gäus würn werrer frie laten! – De Leutnant Schlappupp heirat de Mamsell.

Blos denn Börgermeister dröp de Schlag un he wür fierlich tau Graw dragen.

Magister Albus makte in Berlin Karriere.

\*

Väl Warer is sietem de Warnow nah de Ostsee dahl flaten. Un föhl hemm de Schwaaner un Bützower all beläwt un dörmacht. Tauletz hett ein Tornado Bützow verwüst! Oewer ümmer werrer sünd ehre Börger upstahn un hemm solidarisch un tausamen dorvör sorgt, dat ehr Tohus leiwenswiert un schön blifft, ein gaudes un lebendiges Stück Mecklenburg-Vörpommern-Land.

\*\*\*

Literaturquellen: 1. Illustrierte Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns von Wolf Karge; 2. pers. Archiv; 3. Schwaan & Bützow: [www.google.de](http://www.google.de)

## Rotfeder und der Mann mit Halskrause

Die kleine bronzene Trinkende lässt noch nicht wieder über ihre Trinkschale Wasser in die Rostocker Wallanlagen sprudeln. Dazu ist es noch zu kalt. Aber das Eis im Wallgraben ist schon getaut, so dass sich Enten und Möwen mit mir Rotfeder im Wasser tummeln können.

Auf der anderen Seite der Stadtmauer ist das Kulturhistorische Museum im Kloster zum Heiligen Kreuz. Dort hat eine Kopie der Trinkenden einen festen Platz ganz in der Nähe des Saales mit den ständigen Ausstellungen „Verfehmt Moderne“ und „Kunst in Mecklenburg“. Ich sehe sie mir immer wieder einmal gern an.

Bis Mitte März ist allerdings zwischen den gewohnten Bildern ein fremdes zu sehen. Inmitten der Gemälde junger Künstler aus dem Land, die um 1900 von den Akademien Gedanken und Anregungen mitbrachten und im Austausch mit den Künstlerkolonien Ahrenshoop und Schwaan die Schönheit Mecklenburgs zeigten, hängt ein sehr viel älteres Bild, das Werk eines unbekannteren Künstlers aus der Zeit um 1600.

Am 19. Februar 2017 hat Diplom-Restauratorin Svea-Kristin Köhler einen Vortrag über die Untersuchung und Restaurierung dieses 400 Jahre alten Gemäldes „Mann mit Halskrause“ gehalten. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit hatte sie die wechselvolle Geschichte des Bildes ergründet und mit Hilfe einer behutsamen Konservierung und Restaurierung dem Porträt einen Teil seiner originalen Schönheit entlockt. Das hat neun Monate gedauert.

Bei dem spannenden Vortrag ging mir durch den Kopf, wie viel Zeit und Mühe es doch schon bei einem handwerklich so solide entstandenen Kunstwerk braucht, um es über Jahrhunderte zu bewahren. Wie groß wird im Gegensatz dazu der Aufwand bei vielen modernen Werken sein müssen? Ich hatte gerade gelesen, wie aufwändig die Konservierung der nur 40 Jahre alten Plastik von Duane Hanson im Ludwig-Forum für internationale Kunst ist, die eine schockierend lebensecht aussehende Frau darstellt, die ihren

Einkauf schiebt. Kleidung, Haare samt Lockenwickler, Einkaufswagen und Einkauf sind echte Requisiten. Und die sind das Problem. Tüten wurden brüchig. Kartons zerbröselten. Farben verblasen. Brot musste schon nachgebacken werden.

Hansons Kunstobjekt zeigt ein lebendiges, wenn auch deprimierendes Abbild des amerikanischen Mittelstandes im späten 20. Jahrhundert. Es macht etwas deutlich, was so vielleicht noch nicht bemerkt wurde, und das ist doch das Ziel eines Künstlers.

Inzwischen steht die Supermarktlady in eine Vitrine, die sie vor UV-Licht schützt. Wir haben die Verantwortung für den Erhalt der uns überlassenen Kunst.

Das meint eure Rotfeder



### SAHRA WAGENKNECHT SAGT

Die Mehrheit der Menschen in diesem Land (57 Prozent) hält die Ankündigungen von Martin Schulz einer Umfrage des EMNID-Instituts zufolge für unglaubwürdig. Gerade einmal 36 Prozent finden sie glaubwürdig. Das erstaunt nicht: Denn im Wahlversprechen-Machen war die SPD schon immer ganz groß. Doch statt nach der Wahl dann auch tatsächlich höhere Löhne, bessere Renten und mehr soziale Sicherheit umzusetzen, hat sie Befristungen und Leiharbeit massiv ausgeweitet, die Renten gekürzt und Hartz IV einge-

führt. Ich finde: Martin Schulz kann ganz einfach belegen, dass er es mit seinen Ankündigungen dieses Mal ernst meint. So liegen beispielsweise zu allen seinen hehren Ankündigungen der letzten Woche Anträge von uns Linken im Bundestag vor. Die meisten wurden bereits abgestimmt und, nicht zuletzt aufgrund der geschlossenen Ablehnung durch die SPD-Fraktion, abgelehnt. Gerne bringen wir sie in diesem Fall nochmals ein. Martin Schulz kann also die Glaubwürdigkeit seines neuen Kurses unter Beweis stellen. Und wir alle könnten sofort von mehr sozialer Gerechtigkeit profitieren – und nicht erst an einem fernen

Tag nach der Wahl, von dem niemand weiß, wie die Mehrheiten dann sein werden. Und vor allem: ob die SPD eine eventuelle Mehrheit mit Linken und Grünen dann tatsächlich nutzen würde, denn bisher hat sich Martin Schulz ja noch nicht einmal festgelegt, welche Koalition er anstrebt.

**Abrüsten!**  
**Hunger, Krankheit und**  
**Armut bekämpfen!**  
**DIE LINKE.**

# Martin Schulz - Über ein Phänomen und wie man damit umgehen sollte

Nachdem Sigmar Gabriel überraschend Martin Schulz als Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden vorgeschlagen hatte, formuliert Schulz in wenigen Worten seine Stoßrichtung: Gerechtigkeit, Sicherheit, die gesellschaftliche Mitte der „hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln halten“ besser stellen. Im Frühjahr 2016 hatte Gabriel mit seiner „Gerechtigkeitsrede“ bereits einen ähnlichen Vorstoß versucht. Aber die Umfragewerte blieben unverändert schlecht.

Mit Schulz wird nun ein neuer Aufbruch inszeniert: Er und Gabriel sprechen davon, dass die Große keine Option für den notwendigen Politikwechsel ist. Zentrale inhaltliche Elemente der Inszenierung sind:

1. Ich gehöre nicht zur Elite, bin nicht Teil der bekannten Berufspolitiker, ich kenne eure Sorgen.

Schulz inszeniert sich als der Neue: Er kommt von außen, der EU, gleichzeitig von unten: ohne Abitur, als Bürgermeister einer kleineren Stadt. Er inszeniert sich als Zuhörer, der Erfahrungen in die öffentliche Debatte bringt, die sonst zu sehr vernachlässigt wurden: Er wisse aus der Kommune, was in den Schulen, Krankenhäusern etc. los ist. Als Sohn kleiner Leute und als einer, der gestrauchelt ist, kann er sich mit den

Sorgen der Menschen identifizieren. Er will Zuversicht und Mut ausstrahlen, zum Mitmachen einladen und aktivieren.

2. Zeit für mehr Gerechtigkeit: Schulz appelliert mit einigen wenigen Gegensatzpaaren an die verbreiteten Ungerechtigkeitsgefühle bei den Menschen: Doppelverdiener, die trotzdem die Miete kaum zahlen können. Der kleine Bäckerladen zahlt anständig und selbstverständlich seine Steuern und finanziert das Gemeinwesen, während der globale Kaffeekonzern sich davor drückt. ...

3. Die Sorgen der „hart arbeitenden und anständigen Menschen“ von den Rechten trennen: Viele Menschen haben den Eindruck, der gesellschaftliche Vertrag „harte Arbeit tauscht sich gegen soziale Absicherung“ gilt nicht mehr. Rechte Populisten stellten sich als Verteidiger der „ehrlichen hart arbeitenden Leute“ dar und wendeten die Ungerechtigkeitsgefühle gegen „die unten“, „die Fremden“ oder auch „die da oben“ – von Lügenpresse bis

„die Politiker“. Schulz ruft die Ungerechtigkeitsgefühle auf und grenzt sich gleichzeitig scharf von rechts ab. Die „Partei der Höckes und Gaulands“ sei eine Schande für Deutschland.

## Kommunikative Herausforderungen und mögliche LINKE Antworten

Schulz denkt vor allem an entmutigte Sozialdemokraten und gestresste Mittelschichten. Er will deren Sehnsucht nach sozialdemokratischer Politik wieder eine politische Adresse geben. Er zielt auf diejenigen, die sich nach Alternativen sehnen, die weder rechts von der Merkel noch links der SPD liegen. Dazu passt, dass Schulz trotz seiner etwas nachdenklichen Töne Hartz IV nicht grundlegend reformieren will. Bei aller Rhetorik kommt die soziale Gerechtigkeit von Martin Schulz immer noch dort an ihre Grenzen, wo sie am nötigsten ist: wo

**Warum verdienen Menschen, denen wir unser Leben anvertrauen weniger Geld als Menschen, denen wir unser Geld anvertrauen?**

Solidarität mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst der Länder!

**DIE LINKE.**

die Risiken der Armut beginnen.

Auch DIE LINKE weiß um das Gefühl der Menschen, dass sich Politik nicht für ihre Probleme interessiert. Wir teilen die Auffassung, dass die Erfahrungen der Menschen in den Mittelpunkt der Politik gehören. Deshalb haben wir eine Offensive des Zuhörens und Organisierens gestartet. In Zeiten der Hoffnungslosigkeit wachsen die Wünsche und Utopien nicht in den Himmel. Wenn die Wirklichkeit der vielen Menschen im Niedriglohn, in Armut, Erwerbslosigkeit und Überarbeitung nicht verschwindet hinter „Deutschland geht es gut“ – dann ist das gut für linke Debatten. Wenn die Konkurrenz um das bessere Konzept für gerechte Bildung, Löhne, Rente, Soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht, sehen wir dem optimistisch entgegen. Schulz kündigt einen Wahlkampf der sozialen Gerechtigkeit an. Das ist zunächst eine gute Nachricht, weil auf dem Feld gespielt wird,

auf dem auch DIE LINKE funktioniert. LINKE Antworten sollten (mindestens) drei strategischen Leitlinien folgen:

1. Wir treten nicht als Bremse, sondern als Motor für soziale Gerechtigkeit auf. Wir vermitteln nicht den Eindruck, dass wir die Ansprüche von Schulz hindern, sondern dass wir sie inhaltlich treiben. Wir drängen auf Konkretisierung, auf Realisierung; wir labern nicht rum, wir reden Klartext.

Treiben bedeutet nicht, in einen Wettlauf um höhere Forderungen zu treten – unsere Forderungen sind bereits konkreter, gerechter und sozialer.

2. Treiben bedeutet, auf die systematischen Lücken hinzuweisen: ohne höheren Mindestlohn keine höheren Löhne; ohne Vermögenssteuer kein Spielraum für ausreichend öffentliche Investitionen; ohne die Bedrohung und Abstiegsangst von Hartz IV zu beseitigen, sinkt nicht der Druck auf

die Belegschaften usw. Es bedeutet, zu zeigen, dass oberflächliche Korrekturen nicht ausreichen, dass wir den Mut zu einem grundlegenden Wechsel, zu einem neuen gesellschaftlichen Entwicklungspfad brauchen.

3. Schulz stellt sich als Alternative zu Merkel da und vermittelt Hoffnung auf schnelle Veränderung. Er kann darauf hoffen, dass Wähler\*innen eher auf den Spatz in der Hand als die Taube auf

dem Dach setzen. Die Reaktion der LINKEN kann nicht sein, diese Hoffnung zu denunzieren oder als unrealistisch darzustellen. Wir treten mit Optimismus zur Veränderung an, wir wollen Veränderungen vorantreiben.

Schulz will sich die Koalition offen halten. Seine Botschaft ist: Wenn nur die SPD dabei und stärkste Partei ist, ist schon soziale Politik drin. Allein: Die Menschen in Deutschland haben andere Erfahrungen gemacht. Viele werden Schulz glauben wollen. Aber eine soziale Versicherung ist besser als auf den guten Glauben angewiesen zu sein. Wer es ernst meint mit sozialer Gerechtigkeit, muss die LINKE stark machen. Denn egal ob am Ende Opposition oder Sondierung stehen würde, sie macht die Themen der sozialen Gerechtigkeit stark.

*Basierend auf Material der Bundesgeschäftsstelle*



# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 3.3.	18:00 Uhr	Mitgliederversammlung Lütten-Klein mit MdL Peter Ritter	Rostock	MGH Danziger Str. 45d
Mi., 8.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier des Landkreises	Bad Dob.	Kornhaus
Sa., 11.3.	15:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Frauen in Rojava (siehe unten)	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Di., 14.3.	14:00 Uhr	Skatrunde (Neue Mitspieler gern gesehen)	Rostock	VS Bremer Str. 24
Mi., 15.3.	09:30 Uhr	Vortrag "Wohnen im Alter" (siehe unten)	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 15.3.	16:30 Uhr	Kreistagssitzung		
Mi., 15.3.	19:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Bad Dob.	Kleiner Saal der Kreisverwaltung
Sa., 18.3.	10:30 Uhr	Landesvertreterversammlung für die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl	Gägelow	Hotel Wyndham Garden
Do., 23.3.	15:00 Uhr	RotFuchs: "150 Jahre Band I des Kapitals" (Prof. Götz Dieckmann)	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52
Mi., 19.4.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Broderst.	"Zur Mooreiche"
Do., 20.4.	15:00 Uhr	RotFuchs: 100 Jahre Oktoberrevolution (Prof. Anton Latzo)	Rostock-Eversh.	Maxim-Gorki-Str. 52

## Wohnen im Alter

In der am 15.03. stattfindenden Sitzung der LAG Seniorenpolitik gemeinsam mit der AG Rostock hält MdB Heidrun Bluhm einen Vortrag zum „Wohnen im Alter“. Es schließt sich eine Fragerunde an die Landesvorsitzende sowie MdL Eva-Maria Kröger an. Interessierte Mitglieder der Linken können gern daran teilnehmen.

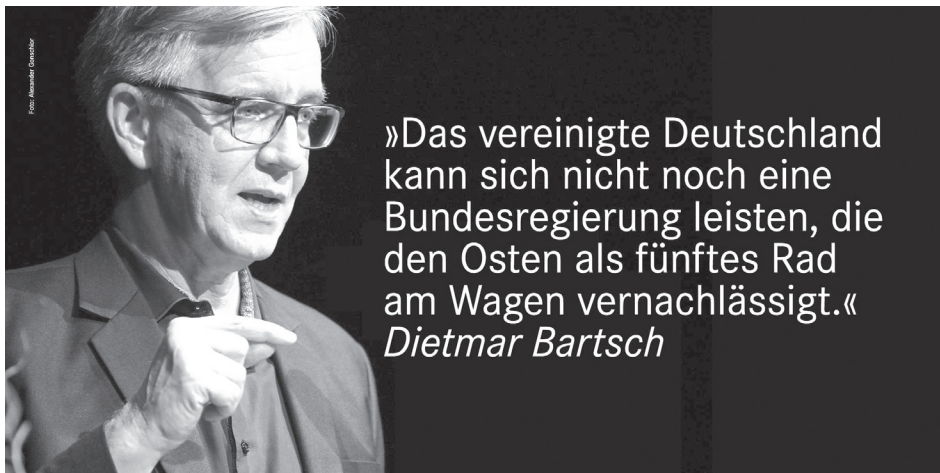
Beginn: 15.03., 09.30 Uhr  
Ort: Beratungsraum im Kreisvorstand Rostock, Kröpelin Str. 24 (Eingang Rungestraße)  
Nach der Fragerunde mit Heidrun Bluhm und Eva-Maria Kröger und ihrer Verabschiedung findet eine Pause statt, nach der die LAG-Sitzung fortgesetzt wird. Die weitere Teilnahme interessierter Mitglieder ist dabei nicht ausgeschlossen.

## Vortrag/Diskussion mit Anja Flach zum Thema: Frauen in Rojava

*Eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag*

Im Rahmen des internationalen Frauentags möchte die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu dieser Veranstaltung einladen. Umrahmt wird die Veranstaltung mit selbstgebackenem Kuchen, Kaffee und Kinderbetreuung. Anja Flach ist Mit-Autorin des Buches „Revolution in Rojava“ und Aktivistin der Kampagne „Tatort Kurdistan“. Sie wird uns von der in dieser verwüsteten Region entstehenden konkreten Utopie berichten. Als 2012 der mörderische Krieg in Syrien die kurdischen Gebiete erreicht, befreien kurdische Befreiungskräfte ihre Regionen von den Truppen Assads, halten Distanz

zur islamistisch-nationalistischen Opposition und entscheiden sich für eine radikale Form von Demokratie. Im Norden Syriens bzw. in der Region Westkurdistan (Rojava) werden in allen Orten Rätestrukturen gebildet, in denen sich die Gesellschaft von unten nach oben organisiert. Frauen in Rojava sind von Anfang an gleichberechtigt an dieser Entwicklung beteiligt, sie haben eine Verfassung auf Basis von Frauenrechten durchgesetzt, haben eigene militärische Einheiten, sind mit einer 40% Quote in jeder Institution vertreten und erreichen ökonomische Unabhängigkeit durch Frauenkooperativen.  
Samstag, 11.03.2017, 15:00 Uhr  
Peter-Weiss-Haus, Rostock  
Doberaner Str. 21  
18057 Rostock  
Kleiner Saal, 3. Tür rechts



»Das vereinigte Deutschland kann sich nicht noch eine Bundesregierung leisten, die den Osten als fünftes Rad am Wagen vernachlässigt.«  
*Dietmar Bartsch*

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpelin Str. 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## LYRIK

*Blümelein* (von Janina Niemann-Rich)

am Waldesrand  
ein Teil von dir  
den weg zu meinem Herzen fand

*Aufgewacht* (von Janina Niemann-Rich)

Vergessen so leicht  
im Alkohol ertränkt  
Katerstimmung danach

*Ewiger Politspießler* (von Jürgen Riedel)

Ihm ist politische Richtung  
oft Jacke wie Hose  
persönlichen Eindruck findet er schick  
einst  
hemdsärmeligen Humor des braunen Göring  
heute  
gehäkelte Schlichtheit der schwarzen Merkel  
bügelfaltiges Benehmen  
des rosafarbigem Steinmeier

# Warum wir nicht schweigen dürfen

Auf dem Weg von der Arbeit nach Hause fahre ich tagtäglich mit der Straßenbahn vom Neuen Markt nach Dierkow Zentrum. Auch heute wieder. An der Station am Stadthafen stiegen, unter anderem, zwei „deutsche Bürger“ mit je einer Flasche Bier in den Händen ein und setzten sich mir gegenüber. Ich lächelte sie grüßend höflich an und die Bahn setzte sich in Bewegung. Ein paar Stationen später stiegen dann zwei Jugendliche mit dunkler Hautfarbe ein. Meine beiden Bier trinkenden Mitfahrer fingen sofort an über die beiden „zu reden“.

„Guck dir diese Bimbos an! Zuhause rennen die jeden Tag 30 Kilometer Antilopen hinterher um was zu essen, und hier nehmen die wegen zwei Stationen die Straßenbahn, da kommen bestimmt gleich noch mehr von dem Pack.“

Mein Blick hatte sich schlagartig geändert. Meine freundliche, offene Miene wich einem abstoßenden, skeptischen, kritischen Blick. Doch ärgerte ich mich viel mehr über mich selbst, dass ich nicht den Schritt machte etwas zu erwidern. „Los, Thomas, sag ihnen deine Meinung! Lass ihnen das nicht durchgehen!“ Doch ich blieb vorerst still. Die beiden „deutschen Bürger“ bemerkten meine Ablehnung nicht. Und so sahen sie in mir eher einen Kameraden. Dann sahen sie auch den „Coffeebike“-Schriftzug auf meinem Cap und versuchten es mit einem kameradschaftlichen Smalltalk unter vermeintlich Bio-Deutschen Brüdern.

„Hey, ist bestimmt ein harter Job, so bei der Kälte jeden Tag draußen zu stehen...“

Ich sah sie ernst an, dann lächelte ich zynisch und antwortete:

„Kein Problem, wir Biodeutschen sind ja hart, wir können das locker ab, wir laufen

auch im Winter bis Stalingrad, so hart sind wir guten Biodeutschen.“

Von ihnen kam Beifall-motiviertes Lachen „ja genau, hehe“ ... dann doch etwas Nachdenken, mein abwertender Blick in ihre Augen noch dazu, dann dämmerte es ihnen:

„Das war Sarkasmus, oder?“

Ohne zu zögern erwiderte ich nur knapp aber klar mit einem „ABSOLUT!“

Mein Mittelfinger vor ihren Gesichtern und ein mitleidiges und angeekeltes Kopfschütteln über so viel Dummheit in nur zwei Köpfen folgten.

Warum schreibe ich hier darüber? Solche Situationen kommen in Rostock wie auch den meisten anderen größeren Städten in Ostdeutschland tagtäglich vor. Meist wird geschwiegen. Ich gebe es zu. Es ist nicht leicht aufzustehen gegen solche Personen. Aber meine Beobachtung des Vorfalles heute hat mir wieder eines ganz klar gezeigt: Wenn man schweigt, gibt man denen Recht. Dann halten sie dich für einen der Ihrigen. Und sie halten sich für „das Volk“. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir einer der Ihrigen sein? Wollen wir, dass DIE das Volk sind? Wollen wir, dass sie glauben, Recht zu haben?

STEHT AUF UND SEIT LAUT! STEHT AUF UND ZEIGT DIESEN IDOTEN, DASS SIE NICHT DIE STIMME DES VOLKES SIND!!!!!!!!!!!!

Denn genau so scheint es denen nämlich, wenn sie ihre Reden halten können, ohne ein Contra zu bekommen. Auch bei mir dachten Sie erst, sie würden es richtig sagen, denken, machen. Sie hatten mein erstes Schweigen als Zustimmung gewertet. Und das machte ihnen Mut, gab ihnen zu Unrecht Recht.

*Thomas Wiencke, Rostocker*



**Gewinnerin:** Unsere Genossin Dorothee Barndt aus Lütten-Klein wird mit dem Siemerling-Sozialpreis ausgezeichnet. Eine Auszeichnung für jahrzehntelanges soziales ehrenamtliches Engagement. In der Aprilausgabe des KLARTEXT werden wir über die Preisverleihung berichten.

**Verlierer:** Die Arbeitnehmer im Osten sind Opfer der Rentenangleichung Ost-West. Ihre Löhne werden nicht mehr höher bewertet. Altersarmut wird dadurch noch wahrscheinlicher.

## Monatszitat

„Die CDU will nach der Bundestagswahl die Rüstungsausgaben deutlich steigern und dafür bei den Sozialleistungen sparen. Wenn unsere Gesellschaft durch etwas bedroht wird, dann durch die wachsende soziale Ungleichheit, aber nicht durch unsere Nachbarn.“ Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der LINKEN

## Monatszahlen

In Deutschland gab es 2016 2545 Angriffe auf Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkünfte, 988 Angriffe auf Flüchtlingsheime. dabei wurden 560 Menschen verletzt, unter ihnen 43 Kinder. 217 Mal wurden Hilfsorganisationen oder freiwillige Helfer\*innen attackiert. Quelle: Bundesinnenministerium

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wofür spricht sich DIE LINKE derzeit in einer Volksinitiative aus?
2. Welchen Film führte unser Jugendverband kürzlich mit großem Erfolg auf?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof oder ein Abendessen mit Martin Schulz. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.04.2016**



»Nicht nur langfristig, auch kurzfristig ist die Politik der großen Koalition, viel zu wenig in die Zukunft zu investieren, falsch und gefährlich. 2,3 Millionen Kinder, die von Armut bedroht sind oder diese tagtäglich erleiden müssen, sind eine Schande für dieses reiche Land. Kinderarmut dauerhaft zu beseitigen muss eines der obersten Ziele von Politik in Deutschland sein. Schäuble sollte den Haushaltsüberschuss sinnvoll im Sinne der Zukunft unserer Kinder und Enkel einsetzen.«

*Dietmar Bartsch*  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Bundestag